





WELTBÜHNE



BÜNDNIS OHNE KRAFT

Donald Trump nannte die Nato „obsolet“,
und tatsächlich stellt sich die Frage:
Wozu braucht es den Verteidigungspakt
überhaupt noch? Aufgaben gäbe es
viele. Aber es fehlt am Willen, sich ihnen
zu stellen

Von ERICH VAD

Illustrationen KATI SZILAGYI



Die Nato sei „obsolet“: So hatte es Donald Trump kurz vor seiner Einführung ins Präsidentenamt Mitte Januar 2017 öffentlich erklärt. Trumps Begründung: Das westliche Verteidigungsbündnis übernehme zu wenig sicherheitspolitische Verantwortung in drängenden Fragen wie der Bekämpfung von Terrorismus, außerdem kümmerten sich seine Mitgliedstaaten zu wenig um ihre Verteidigungsfähigkeit. Die Aufregung nach diesem apodiktischen Urteil des amerikanischen Oberbefehlshabers war erwartungsgemäß groß. Aber hat er womöglich recht? Ist die Nato nicht zumindest dringend reformbedürftig? Ist sie noch die richtige Organisation, um Sicherheit und Stabilität in einem veränderten strategischen Umfeld zu gewährleisten?

Die Nato existiert seit dem 4. April 1949 – und gehört zweifellos zu den erfolgreichsten politisch-militärischen Bündnissen der Weltgeschichte. Derzeit sind rund 20 000 Soldatinnen und Soldaten sowie weiteres Nato-Personal weltweit an Nato-Missionen beteiligt. Das Bündnis engagiert sich nicht nur an seiner Ostgrenze, sondern auch in Afghanistan, im Kosovo und im Mittelmeer, wo es Europa in der Flüchtlingskrise unterstützt.

Nach den Worten des ersten Nato-Generalsekretärs, Hastings Lionel Ismay, wurde die Nato gegründet,

„(to) keep the Soviet Union out, the Americans in, and the Germans down“. Dieser Gründungsmythos dürfte heute kaum noch gelten. Natürlich geht es auch unter veränderten sicherheitspolitischen Voraussetzungen im Kern darum, den westlichen Appendix Eurasiens politisch, strategisch, wirtschaftlich und kulturell mit Nordamerika zu verbinden. Europa einschließlich der Türkei bildet dabei aus amerikanischer Sicht weiterhin die strategische Gegenküste, die nicht unter die Hegemonie einer anderen eurasischen Macht – heute Russland oder China – gelangen darf. Das ist auch nach dem Ende des Kalten Krieges der Grund für die militärische US-Präsenz in Europa. Aber inzwischen geht es dabei weniger um den Schutz der Ostflanke des Bündnisses vor Russland, sondern vielmehr um das maritime Containment der Vereinigten Staaten im asiatisch-pazifischen Raum gegenüber China und Nordkorea.

DIE DEUTSCHEN STELLEN kein Sicherheitsrisiko mehr dar und haben es sich bequem in der Nato und in der EU eingerichtet. Sie brauchen das Militärbündnis vor allem, um nicht selbst für die eigene Verteidigung sorgen zu müssen. Deutschland ist heute eher durch seine politische Kultur der Gewaltlosigkeit und des strukturellen Pazifismus zu einem Risiko geworden. Diese sicherheitspolitische Trittbrettfahrermentalität wird von unseren Partnern allerdings zunehmend kritisch gesehen. Immerhin hat Russland mit der Annexion der Krim und faktisch auch der östlichen Ukraine vorexerziert, dass Außenpolitik nicht immer ein gewaltfreier Diskurs ist – eine Lektion vor allem für die Bundesrepublik.

So konnte dank der Politik Wladimir Putins die Nato ihre Existenzberechtigung sogar wieder im ursprünglichen Sinne ihres ersten Generalsekretärs unter Beweis stellen. Die Verlegung deutscher beziehungsweise amerikanischer Truppen an die Ostgrenze des Bündnisses ist dafür ein klares politisches Zeichen, dem es jedoch völlig an militärischer Substanz mangelt. Denn die heutige Vorwärtspräsenz der Nato an ihrer Ostgrenze würde Russland im Falle eines Falles nicht daran hindern, das Baltikum innerhalb von 36 bis 48 Stunden zu besetzen. Sicher erscheint nur, dass dann der Nato-Konsultationsmechanismus nach Artikel 4 des Nordatlantikpakts in Gang gesetzt würde. Ob man auch den Bündnisfall ausriefe (vor allem, wenn sich Russland hybrider und digitaler Methoden der „Kriegführung“ bediente), erscheint eher zweifelhaft. Die Nato-Abschreckung gegenüber Russland hat insofern einen eher symbolischen Charakter und ist nicht wirklich glaubwürdig.

Wäre es deshalb nicht besser, einen geostrategischen Interessenausgleich der Nato mit Russland zu suchen? Nachdem das Bündnis in den zurückliegenden Jahren seine Grenzen 1000 Kilometer nach Osten

Die Verlegung
von Nato-Truppen
an die Ostgrenze
des Bündnisses ist
ein klares politi-
sches Zeichen.
Aber es fehlt ihm
an militärischer
Substanz

vorschieben konnte, brauchen wir heute keine Neuauflage des Kalten Krieges, sondern eine neue Bereitschaft der Nato zur Akzeptanz der strategischen Interessensphäre Russlands. Auch in Afghanistan, in Syrien und in Libyen werden ohne eine Kooperation mit Russland langfristig keine Fortschritte erzielt werden können. Voraussetzung dafür wäre allerdings auch eine andere russische Politik einschließlich der Bereitschaft zu Reformen und zur Integration, wovon bei Putin nicht viel zu spüren ist.

DIE ZUKUNFT DER NATO ist heute genauso ungewiss wie die Stabilität des euroatlantischen Sicherheitsraums. Die Vereinigten Staaten haben erkennbar ihr Interesse an einer Führungsrolle im Bündnis verloren. Ihre Außen- und Sicherheitspolitik schwankt zwischen Abstinenz und Rückzug unter Barack Obama sowie spektakulären Militäraktionen in Syrien oder Afghanistan und Drohgebärden gegenüber Nordkorea unter Donald Trump. Die USA sehen ihre strategischen Sicherheitsinteressen eher im Fernen Osten herausgefordert. Ihr Engagement in den aktuellen Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens sowie in Europa mit- samt seiner strategischen Peripherie wurde stark reduziert. Gleichzeitig war Europa (und insbesondere die EU) in sicherheitspolitischer Hinsicht noch nie so abhängig von den Vereinigten Staaten wie heute.

Während die EU als strategischer Akteur an der Seite der USA praktisch keine Rolle spielt, gestaltet sich die internationale Sicherheitspolitik unübersichtlicher denn je. Beinahe die Hälfte aller Staaten weltweit ist von gravierenden inneren Konflikten und Bürgerkriegen betroffen oder bedroht; einigermaßen zuverlässige Prognosen über die weitere Entwicklung sind kaum noch möglich. Es stellen sich drängende Fragen: Steuert die Nato auf einen Konflikt mit Russland an dessen Ostgrenze zu? Oder eher in Syrien oder Libyen? Könnte sich die Türkei unter ihrem künftigen Alleinherrscher zu einem noch ernsteren Problem für die Nato entwickeln als Russland unter Putin? Kann die Erdogan-Türkei überhaupt noch Mitglied der Nato bleiben? Wie gehen wir mit der inkonsistenten Politik der neuen starken Männer wie Erdogan, Putin oder dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping um? Wie mit dem sprunghaft wirkenden neuen US-Präsidenten? Was tun, wenn Donald Trump Russland mit Militärschlägen gegen Syrien provoziert und beinahe zeitgleich durch das Entsenden einer Flugzeugträgerkampfgruppe an die nordkoreanische Küste die Chinesen irritiert?

Nicht Russland, das massive wirtschaftliche und demografische Probleme hat, ist der wahre geopolitische Herausforderer des Westens. Sondern China. Die westlichen Handelsnationen bleiben auf die Freiheit der Meere und der internationalen Handelswege vom



Erich Vad

Der Brigadegeneral a. D. ist promovierter Militärhistoriker, Lehrbeauftragter an der Universität München und Unternehmensberater. Er diente von 2007 bis 2013 in der außen- und sicherheitspolitischen Abteilung des Kanzleramts und war einer der führenden Sicherheitspolitikberater von Angela Merkel

Horn von Afrika und bis ins Südchinesische Meer angewiesen. Und es kann nicht nur die Aufgabe der USA sein, diese Freiheit auch in Zukunft zu gewährleisten. Deshalb sind gerade die Entwicklungen im südchinesischen Meer von massiver Bedeutung auch für Europa und die Nato. Wir dürfen nicht zulassen, dass in dieser Region vollendete Tatsachen geschaffen werden, die nicht im europäischen Interesse liegen. China entfaltet sich machtpolitisch aber nicht nur dort, sondern auch in Richtung Türkei, Griechenland und Balkan. Es ist absehbar, dass China in geoökonomischer Hinsicht eines Tages eine Art Nachbar der Europäischen Union sein wird. In dieser Konstellation würde die EU zusammen mit Russland eine zentrale geopolitische Lage zwischen den USA und China einnehmen. Es darf aber nicht hingenommen werden, dass das „alte, reiche und schwache Europa“ (Joschka Fischer) langfristig zum westeurasischen Appendix Chinas verkommt.

Chinas „Neue-Seidenstraßen-Strategie“ mit geplanten Wirtschaftskorridoren und Freihandelszonen in insgesamt 65 Ländern mit 4,5 Milliarden Einwohnern (das entspricht 63 Prozent der Weltbevölkerung und 30 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung) zielt mit nichtmilitärischen Instrumentarien auf die Beherrschung Eurasiens und auf das Zurückdrängen des amerikanischen Einflusses. Die chinesische Asian Infrastructure Investment Bank ist das Gegenmodell zum

Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank, und sie verändert die globalen Machtverhältnisse im Finanzsystem. Auch der von China vorangetriebene Brics-Mechanismus für die fünf Brics-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) sowie die chinesisch geführte Regional Comprehensive Economic Partnership ersetzen die alten westlichen Institutionen der liberalen Weltordnung unter Führung der USA und stellen die westliche Hegemonie infrage.

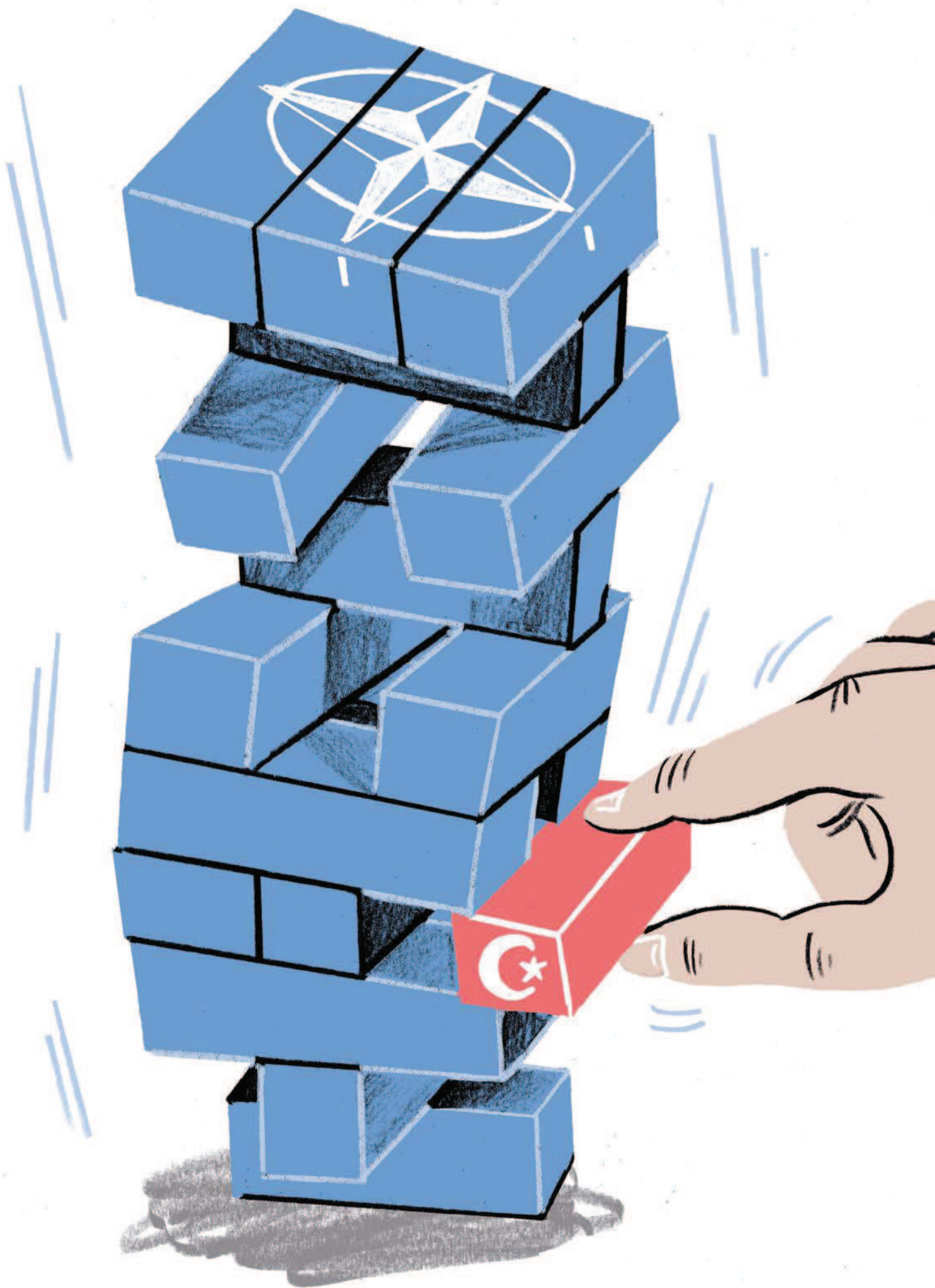
Eine auf Prävention angelegte, globale und aktive Sicherheitspolitik des Westens und der Nato ist deshalb unabdingbar. Nur die Nato und ihre strategische Verbindung von Nordamerika mit EU-Europa kann die wachsende Macht Chinas international ausbalancieren. Ohne ein globales Rollenverständnis des Bündnisses zusammen mit unseren politischen Freunden im asiatisch-pazifischen Raum kann das nicht funktionieren. Dazu gehört auch, dass sich die Nato an den maritimen Operationen der USA und ihrer pazifischen Partner beteiligt, um ein nordkoreanisches Atom- und Raketenprogramm zu verhindern. Um gemeinsam mit den Vereinigten Staaten die Herausforderungen der Proliferation zu meistern, werden wir Europäer nicht umhinkommen, moderne Verteidigungsfähigkeiten zu Land, zur See und in der Luft zu entwickeln und insgesamt global mehr Verantwortung zu übernehmen – was entsprechend viel Geld kostet.

DAS AKTUELLE HAUPTPROBLEM der Nato sind die unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung und Interessenausrichtung ihrer Mitgliedstaaten. In der polnischen nationalen Sicherheitsstrategie ist Russland omnipräsent, während Russland im italienischen Weißbuch zur Verteidigung gar keine Erwähnung findet. Überhaupt blicken die osteuropäischen Nato-Partner gebannt gen Osten, während es an der Südflanke der Nato regelrecht brennt. Hinzu kommt, dass die geopolitisch wichtiger denn je gewordene Türkei ein hochproblematischer Nato-Partner geworden ist, der zumindest in seiner Innenpolitik die westliche Wertegemeinschaft enorm herausfordert. Insofern stellt sich die Frage, ob die Türkei in Zukunft nicht eine viel größere sicherheitspolitische Herausforderung für den Westen und für den Zusammenhalt der Nato werden könnte als Russland. Gleichzeitig bleibt die Türkei auf absehbare Zeit die strategische Drehscheibe zwischen dem Westen und dem von Konflikten und Zerfallerscheinungen heimgesuchten Nahen und Mittleren Osten – insbesondere, was die Bewältigung der Bürgerkriege im Irak und in Syrien betrifft. Insofern müssen wir an einer stabilen Türkei ein unmittelbares Interesse haben. Denn die Türkei ist direkter Nachbar der beiden großen Bürgerkriegsgebiete und hat mehr als drei Millionen Flüchtlinge aufgenommen.

Das aktuelle Hauptproblem der Nato ist die unterschiedliche Wahrnehmung von Bedrohung durch ihre Mitgliedstaaten

Zum Schutz der Nato-Südflanke ist die Türkei weiterhin unerlässlich. Und obwohl es innerhalb des Bündnisses natürlich Dissens gibt, etwa hinsichtlich der Kurden oder wegen der anfänglichen Passivität der Türkei gegenüber dem „Islamischen Staat“, braucht die Nato eine handlungsfähige Türkei als sicherheitspolitischen Partner. Nicht zuletzt sind wir Europäer, allen voran die Deutschen, wegen der europäischen Flüchtlingskrise auf die Türkei und deren Militär angewiesen. Die Türkei kooperiert mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex und stellt Schiffe für die maritime Nato-Operation in der Ägäis. Auch überwachen Awacs-Aufklärungsflugzeuge der Nato das türkisch-syrische Grenzgebiet. Die Türkei verfügt zudem über die zweitgrößte Armee innerhalb der Nato, wobei sich das türkische Militär (im Gegensatz zur Bundeswehr) insgesamt in einem sehr guten Zustand befindet. Gleichwohl ist die derzeitige Entwicklung der Türkei, insbesondere der Umbau von Staat und Gesellschaft in ein islamisches Präsidialsystem, äußerst besorgniserregend. Ebenso wie die sicherheits- und außenpolitische Annäherung der Türkei an Russland, die nicht viel Gutes verspricht.

In jedem Fall kann nur die Nato die wachsende geopolitische Bedeutung der Türkei konstruktiv ausgestalten. Auch in dieser Frage zeigt sich die Bedeutung des Bündnisses. Die EU ist da hoffnungslos überfordert. Nicht die symbolische Militärpräsenz der Nato an





ihrer Ostgrenze gegenüber Russland muss künftig die Schwerpunktaufgabe des Bündnisses in Europa sein, sondern die Sicherung der Nato-Südflanke. Die Nato muss lernen, die nordafrikanische Küstenlinie und auch den Nahen und Mittleren Osten als wichtige Regionen für unsere eigene Sicherheit zu betrachten. Diplomatische Rhetorik allein ist da eindeutig zu wenig.

Aber Sicherheit ist längst nicht mehr nur eine Frage der territorialen Definition. Der Weltraum, der Cyber-Raum und jene grenzfreien Räume, in denen sich Millionen von Migranten und Tausende von Gefährdern bewegen, können nicht mehr statisch verteidigt werden. Krieg und Frieden sind keine unterschiedlichen rechtlichen und politischen Aggregatzustände mehr. Angesichts des grenzüberschreitenden Terrorismus, des Cyber-War und der Informationskriege, angesichts hybrider Möglichkeiten der Kriegführung ist das Territorial- und Defensivprinzip der Nato veraltet. Denn der „Feind“ überschreitet nicht mehr mit schwerem Gerät unsere Grenzen und löst damit den Verteidigungsfall nach Artikel V des Nato-Vertrags aus. Selbst Russland würde so nicht vorgehen, wenn es denn die (sehr unwahrscheinliche) Absicht hätte, das Baltikum zu besetzen. Territorien werden heute eben nicht mehr „klassisch“ mit Panzern überrollt (obwohl diese zum Teil auch auf der Krim zum Einsatz kamen). Sondern

es werden mit paramilitärischen Kräften ohne Hoheitsabzeichen im Zusammenwirken mit verdeckt operierendem, eigenem Militär und den Geheimdiensten vollendete Tatsachen geschaffen. Das Ganze geschieht begleitet von einer beschwichtigenden und gleichzeitig verlogenen Politik und Diplomatie.

„UNDEFINIERT KRIEGE“ sind ohnehin eine schwerwiegende Herausforderung für jedes Militärbündnis. Was tun, wenn Terroristen aus der Mitte der Gesellschaft heraus aktiv werden? Was, wenn feindlich gesteuerte Whistleblower das Bewusstsein der Bürger im Sinne des „Aggressors“ manipulieren? Was, wenn Hacker die Bevölkerung bedrohen, indem sie mit Computerattacken zum Beispiel Staudämme, Chemiefabriken oder Atomkraftwerke ins Visier nehmen? Die Frage, ob und wann das Recht auf Verteidigung im Rahmen der Nato greift, ist in solchen Fällen schwer zu beantworten: Darf man etwa auf einen Cyberangriff mit einem Luftangriff reagieren? Wie soll man einem anderen Staat nachweisen, dass er Hacker-Angriffe ausführen lässt? Müssten Cyber-Attacken, die zivile Opfer fordern, nicht ebenso verboten werden wie etwa Luftangriffe auf Schulen und Krankenhäuser? Und überhaupt: Wie unterscheidet man zwischen „Zivilisten“, Hackern und Whistleblowern? Wie zwischen Kombattanten, Terroristen und irregulären Kämpfern?

Wenn die Nato nicht tatsächlich obsolet werden will, muss sie sich auf diese neuen Formen der Konfliktaustragung einstellen, auf Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit unkontrollierten Migrationsbewegungen und auf Fragen nachhaltiger Energiesicherheit. Revolutionäre Veränderungen im Kriegsbild auf den Gebieten von Information, Aufklärung, Präzision, Robotik, Bionik und Nanotechnologie erzwingen die Anpassung unserer Streitkräfte. Wir müssen verhindern, dass irreguläre, paramilitärische Organisationen und Terrorgruppen effizienter kämpfen als westliche Armeen, die in weltweiten Einsätzen oft unter kopflastigen Stäben mit viel Administration und Verwaltung sowie mit nichtmilitärischen Aufgaben überfrachtet werden. Vor allem müssen die Nato-Staaten ihre Streitkräfte auf höchstem Niveau einsatzfähig halten. Deutschland ist da leider ein trauriges Beispiel, wie man es nicht machen sollte.

Unverzichtbar ist auch eine neue Arbeitsteilung zwischen Nato und EU. Das wird in der aktuellen Flüchtlingskrise Europas sehr deutlich. Der Schutz von Nato und EU an ihren südlichen Flanken vor unkontrollierter Migration darf nicht erst an der mazedonischen Grenze beginnen, sondern an der nordafrikanischen Gegenküste Europas. Es muss Aufgabe der Nato und der EU sein, Libyen so schnell wie möglich zu stabilisieren und jene 5000 bis 6000 IS-Kämpfer zu

Der Schutz von
Nato und EU
an ihren südlichen
Flanken vor
unkontrollierter
Migration muss
an der Küste
Nordafrikas
beginnen

neutralisieren, die sich bereits an der Sizilien gegenüberliegenden Küste aufstellen. Hier haben wir nicht mehr viel Zeit zu verlieren.

In Ergänzung zur Nato sollte die EU außerdem über die Aufstellung einer europäischen Grenzschutztruppe nachdenken, um das Territorium der Europäischen Union nachhaltig zu sichern. Wenn sich die Europäer dazu nicht in der Lage zeigen sollten, wird die Renationalisierung der Sicherheit und des Grenzregimes unaufhaltsam weitergehen. Um diese neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen in den Griff zu bekommen, bedarf es gewiss nicht nur militärischer und sicherheitspolitischer Maßnahmen, sondern eines gesamtstrategischen Ansatzes von Nato und EU. Wir dürfen keine Geschäfte machen mit Diktatoren und korrupten Regimes, die durch falsche Regierungsführung Migration und Terrorismus anheizen. Wir dürfen nicht Diktatoren verjagen wollen (wie im Irak, in Syrien oder in Libyen), aber gleichzeitig davor zurückscheuen, auch mit militärischen Mitteln den Aufbau einer neuen Ordnung und die Eindämmung von Massenmigration zu ermöglichen. Insbesondere Libyen ist zum Einfallstor für die Migration nach Europa geworden.

DIE EU SOLLTE sich sicherheitspolitisch nicht in Konkurrenz, sondern komplementär zur Nato weiterentwickeln. Ein großer Teil der europäischen Streitkräfte ist zu hochkomplexen Militäreinsätzen derzeit nicht in der Lage. Alle EU-Mitgliedstaaten zusammen kommen nur auf etwa 60 Prozent des amerikanischen Verteidigungsetats. Von der selbst gesetzten Nato-Zielmarke für Verteidigungsausgaben in Höhe von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sind die meisten Bündnisstaaten weit entfernt. In diesem Punkt ist die Kritik von Donald Trump völlig berechtigt. Zudem verschlingt die europäische wehrtechnische Industrie enorme Kosten und ist in ihrer Ineffizienz kaum zu übertreffen: 17 Produktionslinien allein für Panzer, Schützenpanzer und Artillerie gegenüber nur zwei in den USA. Die EU-Staaten verfügen über 16 unterschiedliche Fregatten ihrer Marinen gegenüber einer einzigen Klasse in den Vereinigten Staaten. Die EU leistet sich 89 verschiedene Waffenprogramme gegenüber etwa 27 in Amerika. Und die europäischen Zertifizierungen verschlingen 20 Prozent der Entwicklungskosten. Es ist grotesk.

Es sind also vor allem wir Europäer gefragt, wenn die Nato nicht tatsächlich obsolet werden soll. Nur wenn die EU ihre sicherheitspolitischen Strukturen ändert, wird auch die Nato in der Lage sein, sich so zu wandeln, dass sie ihre Daseinsberechtigung behält. Ansonsten taugt sie in der Tat schon bald nicht mehr zu einem verlässlichen Bündnis für den Schutz der freien Welt. ●



HEIMATTAGE BADEN-WÜRTTEMBERG KARLSRUHE 2017

Die 40. Heimattage des Landes Baden-Württemberg 2017 wurden mit Karlsruhe erstmals an eine Großstadt vergeben.

Mit dem Sitz des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs steht Karlsruhe als Residenz des Rechts und als Stadt der Grund- und Bürgerrechte für den modernen Rechtsstaat.

Das ist einer der Gründe, warum das **CICERO-Foyergespräch am 27. September 2017** in Karlsruhe stattfindet.

Zum Thema

„Demokratie ohne Volk – die Legitimationskrise unseres politischen Systems“

diskutieren die beiden CICERO-Chefredakteure Alexander Marguier und Christoph Schwennicke mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Professor Andreas Voßkuhle, unmittelbar nach und im Lichte der Bundestagswahl.

Stellvertretend für das weitere Programm der HEIMATTAGE KARLSRUHE:

„Heimat – braucht man das?“
Zehra Çırak zu Gast

1. Juni 2017
Literaturhaus im Prinz-Max-Palais,
Karlsruhe 10, Karlsruhe

Unter dem Motto „Heimat – braucht man das?“ hat Zehra Çırak einen essayistisch-literarischen Text über Karlsruhe verfasst. Die Autorin, in Karlsruhe aufgewachsen und in Berlin lebend, kam im Alter von drei Jahren aus der Türkei nach Deutschland.

Sie spricht über den Heimatbegriff mit kritischem Blick und kulturübergreifender Perspektive.

3. August bis
10. September 2017
Schloss Karlsruhe
SCHLOSSLICHTSPIELE
KARLSRUHE

Internationale Künstler, kuratiert vom ZKM | Zentrum für Kunst und Medien in Karlsruhe, bringen die Schlossfassade jeden Abend zum erstrahlen. 170 m Projektionsfläche der Superlative.

